

## "Die friedliche Gewalt des Volkswillens"

### **Muster und Deutungsmuster von Demonstrationen im deutschen Kaiserreich**

Die Demonstration, hier verstanden als protestierender oder appellierender, dabei gewaltloser Zug durch die Straßen einer Stadt, ist im wesentlichen eine symbolische Handlung. Auch wo sie verbalsprachliche Elemente wie Transparenttexte, gerufene Parolen und Reden einschließt, ist ihr spezifisches und zentrales Medium doch das "Aufmarschieren", das nicht auf verbale Äußerungen beschränkte gemeinsame Handeln einer Menge. Bis heute macht eben dies das Skandalon der Demonstration aus: daß sie sich nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung nimmt, sondern darüber hinaus eine besondere Form "der dramatischen und expressiven Darstellung und Stilisierung einer 'Botschaft', eines Weltverständnisses und eines Lebensstiles" darstellt, die "nicht primär durch die geistigen Gehalte der 'Botschaft'" Eindruck zu machen sucht, "sondern vielmehr durch die Anwesenheit und Expressivität der Menschenmenge selbst (...)."

Die Medien dieser nonverbalen Botschaft sind vielfältig. Zu ihnen gehören die Zahl der Demonstranten, die Route, die diese nehmen, Gehformation und Gehweise, Kleidung, mitgeführte Transparente, Abzeichen oder Fahnen, akustische und gestische Ausdrucksmittel, die Formen der Interaktion mit Publikum und Polizei sowie des Umgangs mit den Räumen und Objekten, die von der Demonstration aufgesucht werden. Diese symbolischen Formen haben teilweise, wie z.B. eine rote Fahne, emblematischen, d.h. in ihrer Aussage sozial festgelegten Charakter; zum größeren Teil sind sie symbolisch in dem engeren Sinn, daß sie ihre Bedeutung nicht auf der Zunge tragen - was bei oppositionellen Intentionen u.a. bedeutet, daß sie weniger leicht inkriminierbar sind.<sup>3</sup> Eine besondere Rolle spielt dabei eine spezifische Uneindeutigkeit, nämlich ein Changieren zwischen friedlich und

warnend, zwischen "eindrucksvoll" und "druckvoll", das zum Handlungsmuster Demonstration - wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung - zumeist dazugehört.

Der Deutungsspielraum, den die Demonstrationssymbolik läßt, wird von ihren Teilnehmern und Kommentatoren umso mehr ausgeschritten, je weiter die Kulturen und die Interessen der Deutenden<sup>3</sup> auseinanderliegen. Bei einem solchen Deutungskampf, der die Bewertung der diskursiv geäußerten Demonstrationsziele begleitet, geht es sowohl um die Decodierung der einzelnen in der Demonstration enthaltenen Zeichen wie um eine Sinnversion für den Gesamtkomplex, zu dem sich diese zusammenfügen. Noch mehr: Es geht um die Frage, ob es ein generatives Prinzip gibt, aus dem die Einzelmuster der Demonstration mehr oder weniger ableitbar sind. Und sicherlich wird hierbei nicht nur darüber gehandelt, was die Akteure wohl mit ihrer Symbolpräsentation oder -produktion gemeint haben könnten, sondern legitimerweise auch über "desymbolisierte", den Akteuren selbst gar nicht bewußte Handlungsgehalte;<sup>4</sup> auch wird bei dieser Interpretationsarbeit nicht nur decodiert, sondern möglicherweise auch erst codiert, was gar nicht als Zeichen gedacht war: der Farbeindruck z.B., den der Demonstrationszug beim Betrachter hervorruft, oder das Wetter, das mitunter je nach Parteilichkeit als Extrapolation oder als Kontrapunkt der Demonstrationssymbolik gesehen wird. Nicht nur vom Verhalten der Demonstrierenden und vom Verlauf der Demonstration selbst, sondern auch vom Ausgang dieses Deutungsstreits zwischen Protestpartei, Protestgegnern und "Indifferenten" hängt es ab, ob die Aktion als erfolgreich oder gescheitert gelten kann.

Im Folgenden wird versucht, einige wesentliche Symbolkomponenten von Demonstrationen sowie den um sie geführten Deutungskampf exemplarisch zu analysieren. Als Beispiele dienen die preußischen Wahlrechtsdemonstrationen der Jahre 1908 bis 1910, die von der Sozialdemokratie - mit Unterstützung von Linksliberalen - gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht und für ein gleiches und allgemeines, auch Frauen einschließendes Wahlrecht organisiert wurden. Diese polizeilich zunächst nur selten genehmigten, aber teilweise geduldeten Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel - denen begrenztere Aktionen in anderen deutschen Staaten vorangegangen waren - markieren eine wichtige Etappe bei der Durchsetzung der friedlichen Straßendemonstration in Deutschland.<sup>5</sup> Die Berichterstattung und Diskussion über diese Demonstrationen kommt unserem speziellen Erkenntnisinteresse zum einen deshalb entgegen, weil sie

angesichts des Ausmaßes und des innovativen Charakters der Demonstrationen ebenso umfangreich wie intensiv war, zum andern, weil nicht nur die parteiliche Perspektivik, sondern auch die relative Ungewohntheit solcher Demonstrationen die Amplitude der Deutungen ihrer Einzelzüge wie ihres Gesamtcharakters vergrößerte. Die preußischen Wahlrechtsdemonstrationen zeigen so nicht nur das massenhafte Einüben des Handlungsmusters Demonstration, sondern auch den noch schwierigeren Prozeß des Erlebens seiner Hermeneutik.

Die Darstellung bezieht sich im wesentlichen auf die größten, nämlich die Berliner Wahlrechtsdemonstrationen, die am 13. Februar, 27. Februar, 6. März und 10. April 1910 stattfanden. Ihre Quellen sind insbesondere zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften, Protokolle von SPD-Parteitag, Sitzungen des Preußischen Abgeordnetenhauses sowie Autobiographien.<sup>6</sup>

## **Ein Verhaltensmuster wird etabliert**

Die friedliche Straßendemonstration führt nicht nur Argumente, sondern Körper ins Feld, ohne diese jedoch anders als zu symbolischen Handlungen zu gebrauchen. Die Demonstrierenden selbst sind dabei vor die Aufgabe gestellt, die Grenze zwischen Beeindrucken und physischem Behelligen des Protestgegners einzuhalten; sie müssen dabei auch in aller Regel Frustrationstoleranz aufbringen, da das Eingeforderte meist nicht im Verlauf der Demonstration selbst erreicht wird und man in dieser Hinsicht also unverrichteter Dinge wieder nach Hause zu gehen hat. Die Gegner und Beobachter der Demonstration wiederum müssen lernen, daß eine zwischen loyalem Festzug und aggressivem Tumult stehende Aktionsform von den Veranstaltern angestrebt und bei den Teilnehmenden durchsetzbar ist. Zu Beginn der Wahlrechtsdemonstrationen schienen diese beiderseitigen Voraussetzungen nicht gewährleistet.

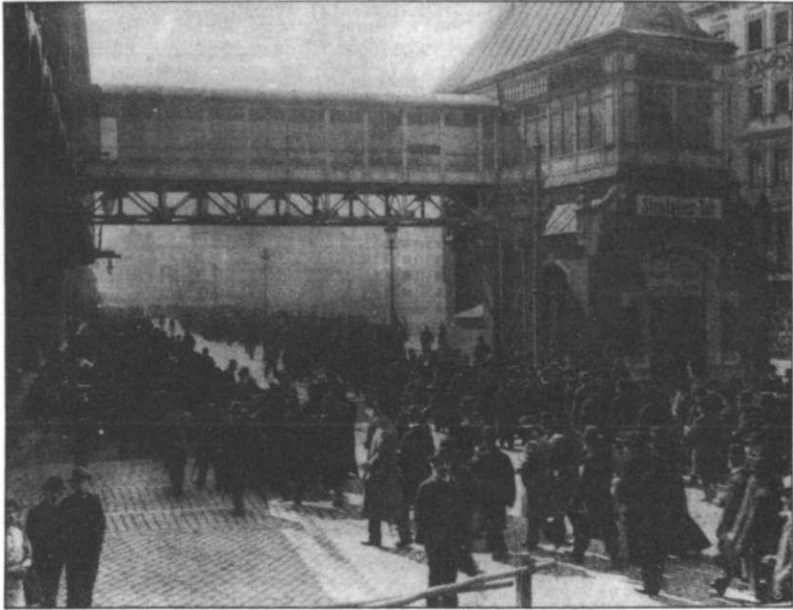
Über das konservative Lager sagt damals Friedrich Naumann, daß es sogar die Handlungsform "Versammlung" mit "Revolution" zu konfundieren neige;<sup>7</sup> dort müsse man erst verstehen lernen, daß eine Demonstration "kein Streik" und "keine Revolution" sei.<sup>8</sup> Und von Seiten der Sozialdemokratie selbst ist auf das Agitationsmittel Demonstration lange Jahre hindurch u.a. deshalb verzichtet worden, weil man sich der Disziplin der eigenen Anhängerschaft nicht sicher war, zudem

die ungebetene Mitwirkung "radikalistischer Elemente" und in der Folge eine Eskalation staatlicher Repressalien fürchtete.<sup>9</sup> Entsprechend sorgfältig sind die Vorkehrungen der Veranstalter für einen friedlichen Verlauf der Aktionen. Von Berlin z. B. ist bekannt, daß sich die sozialdemokratischen Demonstranten an ihren jeweiligen Zahlstellen einfinden und dann, geleitet von Ordnern, möglichst geschlossen zum Versammlungsort ziehen. Bei den zahlreichen Ordnern handelt es sich um Vertrauensleute der SPD: Sie kennen die Mitglieder ihres Parteibezirks und achten darauf, daß diese auch im Demonstrationszug möglichst zusammenbleiben. Beim Zug durch Verkehrsstraßen sorgen die Ordner dafür, daß eine Fahrbahnseite und Straßenbahnschienen freigehalten werden und an Kreuzungen haltgemacht wird; in Parks kümmern sie sich darum, daß die Demonstrierenden nicht den Rasen betreten. In kritischen Situationen - vor allem bei aggressivem Auftreten der Polizei - suchen sie beruhigend auf die Menge einzuwirken. Wer Anstalten zu Tätlichkeiten macht, wird nicht selten von Ordnern, aber auch von anderen Demonstranten zur Ruhe gebracht. Als z. B. bei der Berliner Tiergarten-Demonstration am 6. März 1910 ein junger Mann mit Sand nach einem Polizeipferd wirft, wird er von Umstehenden gepackt und aus den Reihen gestoßen. Auch wird berichtet, daß Ordner selbst das nur verbale Anrempeln von Passanten zu unterbinden suchen: So greifen sie z. B. ein, als Demonstranten Zuschauern am Straßenrand zurufen, sie sollten beim hutschwenkend gerufenen "Hoch das freie Wahlrecht" gefälligst ebenfalls ihre Hüte lüften.<sup>10</sup> Größere Gewaltszenen gibt es meist nur, wenn die Polizei unangemeldete Demonstrationen auseinanderzutreiben sucht, wobei auch Verwundungen durch Säbelhiebe vorkommen; doch auch in diesen Situationen hält sich die Gegenwehr der Massen - Steinwürfe gegen Polizisten, Pfefferwürfe gegen Polizeipferde - meist in engen Grenzen. Über das Ausmaß der "Exzesse" einzelner Demonstranten oder Demonstrantengruppen sind sich die Beobachter zwar uneinig,<sup>11</sup> doch stimmt die Mehrheit der bürgerlichen Kommentatoren mit den Sozialdemokraten letztlich darin überein, daß das Agitationsmittel der friedlichen Demonstration seinen Test nun auch für Deutschland bestanden habe. Friedrich Naumann z. B. resümiert im März 1910: "Darüber, daß sich die Masse bisher gut in Zucht gehalten hat, besteht unter allen, die sich die Vorgänge selber angesehen haben, nur eine Meinung: es ist fabelhaft, wie ordnungsfähig die Berliner Volksmenge ist! Sie will keine Ausschreitungen begehen und behält beim Demonstrieren ihren gewöhnlichen kalten Witz. Dieser allerdings äußert sich oft grob. (...)

Außer Worten aber geschieht nichts, kein Steinwurf, kein Versuch irgendeiner Zerstörung. Man zertritt kein Blumenbeet und knickt kein Geländer ein. Als die Schutzleute (einen) Menschen zwischen zwei Pferden davonschleppten, rief die Menge Pfui!, aber sie tat nichts Revolutionäres. (...) Der Berliner verhaut nicht, aber er - demonstriert."<sup>12</sup> Und Theodor Heuss, der in Berlin Wahlrechtsdemonstrationen miterlebt und mitmacht, 'übersetzt' danach - gegen bürgerliche Massenangst und LeBonsche Massenpsychologie gewandt - das Handlungsmuster Demonstration so: "Der Sinn dieser Massendemonstrationen ist nicht die politische Aktion. Es wird hier nicht das Wahlrecht erobert. Es wird hier auch nicht die blutige Empörung vorbereitet. (...) Die Versammlung unter dem freien Himmel, die Wanderung durch die Straße ist ein gewaltiges Propagandainstrument geworden. Auch die Sozialdemokratie hat ein Interesse daran, nicht mehr daraus zu machen. Sie muß die bürgerliche Gesellschaft an das neue Verfahren erst gewöhnen (...)."<sup>13</sup>

### **"Das Reifezeugnis des Proletariats"**

Doch auch Beobachter, die sich über die hohe Selbstdisziplin der Demonstrierenden einig sind, sind es nicht unbedingt über die Bedeutung dieses Verhaltens. Bei Gegnern der Sozialdemokratie finden sich öfters Stimmen, die diese Friedlichkeit als von der Polizei erzwungen oder bloß taktisch bezeichnen,<sup>14</sup> während viele liberale und sozialdemokratische Kommentatoren nicht zögern, sie als pars pro toto, als Ausdruck der politischen Gesamthaltung der Demonstrierenden zu interpretieren. Und die hierin Übereinstimmenden zeigen wiederum unterschiedliche Auffassungen bei der Frage nach der sozialen Identität dieser friedlichen Demonstranten. Naumann z.B. spricht von "der Masse" und "dem Berliner", der hier agiere; in der SPD-Presse ist häufig von "arbeitenden Massen" und dem "Proletariat" die Rede. Entsprechend verschieden ist auch die Systemzuordnung des Merkmals "diszipliniert". Naumann sieht hier einen Nationalcharakter am Werk: "Das deutsche Volk ist von bewundernswerter Ordnungsliebe, besonders das norddeutsche."<sup>15</sup> Die unabhängig-nationale "Tägliche Rundschau" schreibt am 11. April 1910: "... diese Ordner und diese Ordnung. Sie sind der Triumph des Tages. Sie sind der preußische Militarismus in Zivil, und in letzter Instanz triumphiert hier die Erziehung



*Auf dem Weg zur Wahlrechtskundgebung am 10. April 1910 in Berlin  
(Foto: Die Woche, 16.4.1910)*

durch die allgemeine Wehrpflicht." Der "Vorwärts" hingegen zitiert zustimmend einen freisinnigen Politiker, der die Demonstrationsdisziplin dem erzieherischen Einfluß der SPD und der Gewerkschaften auf die Arbeiter zuguterechnet.<sup>16</sup> Der Deutungskampf ist hier offensichtlich an einer zentralen Stelle angelangt: Gestritten wird hier um das Urheberrecht an einer zivilisierten politischen Kultur, wobei der Aneignungs- oder Enteignungskampf ganz sicherlich an objektive Mehrdeutigkeiten, an eine tatsächliche Komplexität des diskutierten Verhaltens und seiner Ursachen anknüpfen kann.

Dieses Verhalten selbst, die "Disziplin", wird ebenfalls ganz verschieden definiert. Bei konservativen Kommentatoren sind öfters Formulierungen wie die von der "auf blinden Gehorsam disziplinierten Masse"<sup>17</sup> zu finden. Es hängt dann von der Einschätzung der sozialdemokratischen Führung ab, ob dieser Gehorsam als beruhigend oder beängstigend gewertet wird. Ein Landtagsabgeordneter der Konservativen, von Brandenstein, ist der Auffassung, "die Agitatoren und die

Führer" der SPD hätten "keineswegs die Absicht, unter allen Umständen die Ruhe aufrechtzuerhalten"<sup>18</sup>, so daß die konstatierte blinde Gefolgschaft der Massen ihn nur erschrecken kann - ähnlich wie den rechtsstehenden "Reichsboten", bei dem die Angst vor dem tumultuierenden Lümmel Volk hinter der vor den "Arbeiterbataillonen" zurückgetreten ist: "Die tieferste Kehrseite dieser Vorgänge ist der Einblick in die straffe Organisation der Sozialdemokratie. (...) Die menschliche Gesellschaft (hat) dieser Organisation nichts Ähnliches entgegenzustellen."<sup>19</sup> Für bürgerliche Beobachter, welche die SPD und ihre Führung anders, u.U. sogar als denkbare Koalitionspartner einschätzen, erhält der "blinde Gehorsam" der Demonstrierenden ein freundlicheres Gesicht: "Die Disziplin, die von den sozialdemokratischen und demokratischen Massen an den Tag gelegt worden ist, ihre willenlose Nachgiebigkeit unter dem Zügel der Führer, ist auf der einen Seite eine ernst zu nehmende Sache. Denn Disziplin verbürgt Macht, wie das Musterbeispiel der deutschen Armee aller Welt oft gezeigt hat Auf der anderen Seite ist aber diese Disziplin der Massen erfreulicher und für das Staatswesen weit weniger bedenklich als zuchtlose Leidenschaft. (...) Solange die Führer noch herrschen, hat man das Schlimmste nicht zu befürchten."<sup>20</sup>

Eine andere Bedeutung geben sozialdemokratische Publizisten der Demonstrationsdisziplin. Ein bei ihnen immer wiederkehrender Topos ist der von den Demonstrationen als einem "politischen Reifezeugnis" des Proletariats.<sup>21</sup> Diese Reifebehauptung hat ein 'affirmatives' Moment: Sie akzeptiert die Kritik am traditionellen, tumultuösen Massenprotest und meldet, daß der Prozeß der Zivilisation nun auch bei den Unterschichten angekommen sei: "Mehr als ein taktisches Kunststück, etwas Neues und Wunderbares ist's, was die Massen hier, ohne Zwang und Kadavergehorsam, in der Kunst der Massenbeherrschung geleistet haben. Damit haben sie den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß sie längst aufgehört haben, Massen im verächtlichen Sinn ihrer junkerlichen Gegner zu sein (...)."<sup>22</sup>

Doch gleichzeitig werden diese disziplinierten Massen eben nicht als "gute Untertanen", sondern als regierungsfähig inseriert: "Wer herrschen will, sagt ein altes, von unsern Gegnern öfter zitiertes als beherzigtes Sprichwort, der muß erst sich selbst beherrschen lernen", schreibt das Kasseler "Volksblatt" am 11. April 1910. "Von dieser Selbstherrschaft haben die preußischen, voran die Berliner Wahlrechtskämpfer ein Beispiel gegeben." Und der SPD-Landtagsabgeordnete Hirsch sagt am 11. März 1910 im preußischen Landtag, zu den

beiden konservativen Fraktionen gewandt: "Sie haben (...) sich erküht, davon zu reden, daß der Mob es ist, der an den Wahlrechtsdemonstrationen teilnimmt. Ein Mitglied des Hauses, der Abgeordnete Graf Moltke, hat sogar kürzlich die Wahlrechtsdemonstranten, die für ihr heiligstes Recht kämpfen, verglichen mit Gesindel, das einen Juwelierladen plündert." Und er setzt dagegen: "Daß das Proletariat, daß die Massen wirklich reif sind, nicht nur das Wahlrecht zu erlangen, sondern auch die Staatsgewalt zu erobern, dafür hat das Proletariat in Berlin ja erst am letzten Sonntag den Beweis geliefert."<sup>23</sup> Ganz ähnlich der Braunschweiger "Volksfreund" am 2. März 1910: "Die Wahlrechtsdemonstrationen (bilden) ein bedeutendes Stück Selbsterziehung der Massen (...). Diese Erfahrung wird zweifellos die Zuversicht der großen Volksmassen in ihre Fähigkeit, die Gesellschaft zu organisieren, stark erhöhen (...)." Der traditionelle Volkstumult bedrohte die obrigkeitliche Ordnung durch Unordnung; die Massendemonstrationen der Arbeiterbewegung bedrohen die alte Ordnung durch das Bild einer neuen.

### **"Wenn wir wollten ..."**

Am 8. März 1910 schreibt die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht", man wolle durch die gewaltige Zahl der Demonstranten zeigen, wie riesenhaft die Menge derer sei, die das gleiche Wahlrecht wollten.<sup>24</sup> Die raison d'être der Massendemonstration ist in dieser Formulierung nur unzureichend ausgesprochen: Ginge es nur um die möglichst massenhafte Bekundung eines Willens, so würde auch eine Unterschriftensammlung genügen - und sie wäre sogar effektiver, da Wahlrechtsunterschriften sicher leichter zusammenzubringen sind als Wahlrechtsdemonstranten. Die Bedeutung der Demonstration liegt vielmehr, wie eingangs schon angesprochen, darin, daß die Vielzahl der Protestierenden sinnlich erfahrbar ist und darüber hinaus deren körperliche Anwesenheit und gemeinsames Agieren Geschlossenheit und Entschlossenheit signalisieren.<sup>25</sup>

Die physische Seite dieses Agierens besteht dabei nicht nur in Applaudieren, Gestikulieren, Pfeifen oder Schreien, sondern eben auch in einer kollektiven Vorwärtsbewegung - häufig sogar in Richtung des Protestgegners. Viele Wahlrechtsdemonstrationen ziehen nicht, wie die Maidemonstrationen das damals oft zu tun pflegten, hinaus ins Grüne,



sondern sie "erobern" sich die Straßen der Innenstädte. Dazu gehört zum einen, daß die Demonstranten mit besonderem Vergnügen Wohn- und Freizeitareale der Oberklassen heimsuchen, in denen Arbeiterinnen im Alltag selten oder in arbeitender und dienender Funktion zu finden sind: "Durch die sonst stillen Straßen, in denen die Bourgeoisie ihre luxuriösen Heimstätten hat, dröhnten anklagend und fordernd die lauten Schritte der Arbeiterbataillone."<sup>26</sup> Ein Gedicht in der Dortmunder "Arbeiter-Zeitung" unterstreicht den Drohcharakter dieses Einmarsches, indem es Besitzrechte des schaffenden Volks an den Häusern der Reichen einklagt:

"Seine Hand baut eure Häuser, webt eu'r Linnen, schafft eu'r Brot,  
Bettet euch auf weichem Pfühle, bannt von eurem Herd die Not.  
All dies' wirkt es, heut und immer, Sklave eurer Macht Gebot,  
Bis das Heer marschiert heran."<sup>27</sup>

Gesuchter noch als die guten Wohnviertel sind Promenaden und Parks, wo sich die Demonstranten unter das "gute Publikum" mischen und dessen Irritation genießen. Die Sozialdemokratin Lily Braun schildert eine solche Usurpation fremden Territoriums: "Aus der Ferne klingen Töne, wie Donnerrollen. Sie schwellen an. Sie begleiten den gleichmäßigen Tritt Tausender: - soweit das Auge die Friedrichstraße hinunter gen Süden reicht - ein Meer von Menschen. Es überflutet die Linden. Rechts und links weichen die Spaziergänger zurück. Noch nie hat die Allee der Fürstentriumphe solch einen Aufzug gesehen!"<sup>28</sup> Zur transitorischen Stadtbesetzung kommt das Behelligen von Rathäusern, Parlamenten und Herrschaftssitzen. Man will, wie der Braunschweiger "Volksfreund" am 16. Dezember 1909 schreibt, seine Mißstimmung "den Fürstlichkeiten selbst in die Ohren (...) schreien". "Zu den Fenstern des Schlosses brauste es hinauf: 'Wir sind die Arbeitsmänner, das Proletariat!'", berichtet der "Vorwärts" nach der Demonstration vom 27. Februar 1910, und Lily Braun beschreibt das Anstimmen der Arbeitermarseillaise vor dem Berliner Stadtschloß als symbolischen Angriff:

"Sie singen. Niemand hat den Taktstock geschwungen, sie sehen einander nicht einmal, und doch ist es dasselbe Lied, das aus den Kehlen aller dringt, das die Bastille gestürmt hat und die Barrikaden: die Marseillaise. Es schlägt gegen die Mauern der Kirchen und der Paläste - und ihr Echo muß es wiedergeben. Es braust siegreich hinweg über die Ketten der Hüter der Ordnung. Hoch über dem Königsschloß fluten seine Töne zusammen, - es klingt wie das Klirren scharfer Klingen, - wie Wotans gespenstisches Heer."<sup>29</sup>



*Wahlrechtsdemonstranten vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus, 1908 (Foto: ADN-Zentralbild)*

In einigen wenigen Fällen kommt es sogar zur direkten, wenn auch gewaltlosen Konfrontation mit dem Protestgegner. "Als Bülow in seiner Karosse anfuhr, mußten seine gefürsteten Ohren den Wutschrei des Volkes vernehmen", heißt es im Parteitagsbericht über die Wahlrechtsdemonstration vor dem preußischen Landtag am 10. Januar 1908: "Die Abgeordneten mußten sich einen Weg durch die dichte Menge bahnen, wobei den Vertrauensmännern der Junker und Geldsackkapitalisten die Rufe 'Hoch das freie Wahlrecht', 'Heraus mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen', 'Her mit dem Frauenwahlrecht' in die Ohren gellten. Männer und Frauen schwenkten das Extrablatt des 'Vorwärts' hoch, in dem es hieß: 'Das Volk ist auf dem Plane.' - 'Lernet, Ihr seid gewarnt.'"<sup>30</sup> So direkt und körperlich-bedrängend wird die "Warnung" damals selten übermittelt: Meist müssen sich die Demonstranten damit begnügen, ihre Gegner in effigie zu attackieren. Insbesondere Bismarckdenkmäler dienen als Ersatzobjekte, wobei es freilich nicht zur "Gewalt gegen Sachen" kommt, sondern es bei der symbolischen

Aggression bleibt: In Berlin steigen Demonstranten auf die Stufen des Bismarckdenkmals und enthalten dort eine rote Fahne, was von bürgerlichen Kommentatoren auch in der Tat als Menetekel genommen wird ("Das rote Banner am Denkmal Bismarcks ist das Wahrzeichen dieses Tages"<sup>31</sup>); in Frankfurt wird eine Polizeikette, die die Bismarckstatue wie einen lebenden Herrscher zu schützen versucht, durchbrochen: "Einzelne stellten sich auf das Postament, streckten dem bronzenen Bismarck die geballte Faust entgegen und riefen: 'Bluthund'."<sup>32</sup>

Auch wo Massenaufgebot, Vorwärtsbewegung, "Eroberung" der Innenstädte und "Belagerung" von Machtzentren zusammenkommen, bleibt also der friedliche Charakter der Demonstrationen bestehen; doch die Aktionen nehmen hier gleichzeitig Elemente eines Kriegs- oder Revolutionsspiels an. Die Eigenheit dieses Spiels ist, daß es sich nicht auf einer Bühne abspielt, auf der nur Abbilder der Protestgegner erscheinen, sondern daß es die Realität zur Bühne nimmt und auch die protestierenden Massen nicht bloß dargestellt werden. Diese haben zwar durch ihre Selbstbenennung als Demonstranten - und durch andere Zeichen, von denen noch zu sprechen sein wird - den uneigentlichen Charakter ihrer Machtergreifung signalisiert; doch erst am Ende des Spiels ist ganz sicher, daß es beim Spiel geblieben ist: Vom realen Aufstand ist es nicht durch Fiktionalität, sondern - nicht nur, aber vor allem - durch den Handlungsfortgang unterschieden, dadurch, daß die schon geballte Faust nicht auf den Gegner niederfällt, sondern in der Drohgeste erstarrt.<sup>33</sup>

Die beschriebenen Ablaufformen - nicht aller, aber vieler der damaligen Demonstrationen - sind dabei zusammenzusehen mit ihrer Annoncierung und 'Evaluation' in der sozialdemokratischen Publizistik, die das Drohmoment der Aktionen immer wieder hervorhebt oder zumindest anklingen läßt. Schon 1906 dichtet der "Wahre Jacob" anlässlich der großen Hamburger Wahlrechtsdemonstrationen:

"... den satten Herrn  
Zu zeigen gilt es unsre Macht.  
Sie trieben ihren Spott mit uns;  
Sie haben uns verhöhnt, verlacht.  
Jetzt warnen wir sie noch einmal:  
"Hier stehen wir, noch in Geduld!  
Seht unsre Macht, seht unser Heer!  
Und denkt an eure schwere Schuld!"<sup>34</sup>

Welche Form des praktischen, nicht nur symbolischen Gebrauchs von Massenmacht hier angedroht wird, bleibt - wie im schon zitierten "Lernet, ihr seid gewarnt!" - offen, man wird sagen können: bewußt offen. In den sozialdemokratischen Strategiediskussionen, auch in den bei Wahlrechtskundgebungen gehaltenen Reden, wird zwar auf keine anderen als friedliche Mittel wie verstärkte Agitation, kommende Wahlkämpfe oder, als schärfste explizite Drohung, den Massenstreik verwiesen. Die Symbolsprache zumindest des Typs der invadierenden Demonstration kann jedoch den Eindruck erwecken, es sei auch die Option für gewaltsame Folgehandlungen offen. Lily Brauns Beschreibung der Demonstration vor dem Berliner Stadtschloß greift diesen Eindruck auf und interpretiert ihn zugleich gewissermaßen als optische Täuschung, wenn sie Gedanken und Taten der Demonstranten so decodiert: "Wenn wir wollten! Aber sie wollen nicht. Sie haben stärkere Mauern zu stürmen."<sup>35</sup> Keine scheinbaren, sondern tatsächliche Drohhandlungen unterstellt dagegen - allerdings später, in den zwanziger Jahren - Otto Rühle, wenn er über die Maidemonstrationen der Kaiserzeit schreibt: "Der Arbeiter (...) eroberte aus eigener Kraft das Recht auf die Straße und flößte der Bourgeoisie Angst und Schrecken ein. Seht her, so rief er gleichsam den Bürgern zu, die von ihren Fenstern und Balkonen aus die aufmarschierenden Massen voll Ingrimms beobachteten, so stark an Zahl sind wir, soviel Macht und Mut verkörpern wir! - Wenn wir wollten, wir könnten Euch zu Brei zerschlagen und eure Fabriken, eure Reichtümer in Nichts zerschmettern. Noch schonen wir euch, großmütig und anständig wie wir sind, noch ist unser Tag nicht gekommen. Wir wollen noch nicht, wir zeigen nur, daß wir wollen könnten, wenn wir wollten!"<sup>36</sup>

In der Zeit der Wahlrechtsdemonstrationen selbst wird die Frage, ob es sich bei diesen um Scheinangriffe oder Angriffsdrohungen handle, je nach Einschätzung des Charakters der Sozialdemokratie und ihrer Führung verschieden beantwortet. Der konservative Abgeordnete von Brandenstein nennt sie "eine Vorübung für die allgemeine Anwendung roher Gewalt"<sup>37</sup>, und sein Fraktionskollege von Zedlitz und Neukirch sagt unter dem Eindruck der großen Berliner Demonstrationen: "Es ist viel mehr als eine Heerschau. Es ist das Manöver, die Einübung der großen Masse für den Gebrauch im Ernstfall. Das ist der leitende Gedanke, der der Veranstaltung solcher Demonstrationen zugrunde liegt."<sup>38</sup> Ganz anders ein Kommentator der liberalen Zeitschrift "März": "Die Straßendemonstration hat nur Sinn in zwei Fällen: einmal, wenn die Regierung so waschlappig ist, daß sie sich durch ein

bloßes Augenschauspiel ins Bockshorn jagen läßt, und zweitens, wenn die Demonstranten rabiat genug sind, den eventuell sich entspinrenden Straßenkampf nicht zu scheuen. Beide Bedingungen werden bei uns nicht erfüllt (...) Unsere Sozialisten sind (...) keine Wüstenlöwen, sondern nahezu bürgerliche Doktrinäre."<sup>39</sup> So kontrovers diese Evaluationen sind, eint sie doch das Unverständnis des Kulturmusters "Friedliche Demonstration": Einmal wird ihr der Symbolcharakter abgesprochen, das anderemal wird auf symbolische Machtgesten beschränktes Handeln - sicherlich in Verkennung seiner vielfältigen Binnen- und Außenwirkungen - als ineffektlos eingestuft.

Doch nicht nur die politische Position beeinflusst die Interpretation der Demonstrationen als friedlich oder drohend, sondern auch der Faktor der Gewöhnung: Wer bei der ersten Demonstration, die er erlebt hat, noch um deren friedlichen Verlauf gebangt hat, wird ihn bei der zweiten, auch wenn sie genau dasselbe Erscheinungsbild zeigt, schon mit größerer Sicherheit erwarten. Die Veralltäglicdung der Demonstration reduziert mit deren Mehrdeutigkeit deren irritierende Wirkung auf Protestgegner - zumindest, wenn auch die Veranstalter und die Klientel der Aktionen dieselben bleiben. "Die Straßenaufzüge", schreibt die "Nordostdeutsche Zeitung" am 24. April 1910, "verlieren an ihrer Wucht, wenn sie sich immer nach demselben Schema Sonntag für Sonntag wiederholen." Wirklich virulent wird dies Problem der Entkräftung durch Ritualisierung damals freilich noch nicht, da die Sozialdemokratie angesichts einer im wesentlichen restriktiv bleibenden Polizei- und Justizpraxis bis 1914 zwar häufiger als vor dem Wahlrechtskampf, aber insgesamt doch sehr vorsichtig vom Agitationsmittel Demonstration Gebrauch macht.

### **"... aber sie wollen nicht."**

Die beschriebenen Merkmale, die die Wahlrechtsdemonstrationen als friedlich, aber bedrohlich erscheinen lassen, machen aber sicherlich nur die eine Seite ihres Symbolsystems aus. Hinzu kommen Zeichen, die die Drohgesten austarieren, die nicht nur die Absicht momentaner Gewaltlosigkeit, sondern auch die genereller Friedlichkeit der Protestpartei signalisieren oder signalisieren sollen. Dabei ist das Mischungsverhältnis von Droh- und Friedlichkeitssymbolik nicht als statisch, sondern als dynamisch vorzustellen: Einem festzugsartig-geordneten

Umzug zum Kundgebungsplatz kann ein lärmender Heimmarsch von Arbeiterjugendlichen folgen, einer überfallartigen Okkupation der City eine legale und ruhige Kundgebung in einem entlegenen Park.

In das Symbolfeld der Friedlichkeitszeichen gehört schon die Benennung mancher Demonstrationen als "Bummel" oder "Spaziergang". Als "Wahlrechtsspaziergang" annonciert der "Vorwärts" die am 6. März 1910 geplante Veranstaltung im Treptower Park; "Etsch, wir machen eine Landpartie!" steht auf einem Transparent, das Demonstranten durch den Berliner Tiergarten tragen.<sup>40</sup> Diese Namensgebung wendet sich natürlich vor allem gegen die Sanktionsdrohungen von Polizei und Justiz und sucht den politischen Charakter der "wandernden Versammlung" herunterzuspielen:

"Selbst Jagow kann nicht schreiben: 'Ich  
Verbiere Treptowbummel.'  
Noch ist gesetzlich nicht verpönt  
(Es wäre auch zum Lachen),  
Daß wir am Sonntagnachmittag  
Mal 'nen Spaziergang machen.'"

Doch keineswegs sind Begriffe wie "Wahlrechtsspaziergang" bloße Dissimulation; sie haben auch ein fundamentum in re. Viele Demonstrationen finden nicht nur am Sonntag, dazuhin in Parks und auf Promenaden statt, die zu dieser Zeit von Spaziergängern frequentiert werden, sondern zeigen auch selbst oft Züge freizeithlich-erholsamen Sichergehens. "Die Demonstranten bestanden aus sehr anständigen Leuten, die zwar friedlich, aber entschlossen aussahen", schreibt die "Morning Post" nach der Berliner Demonstration vom 13. Februar 1910. "Die meisten gingen ganz ruhig, mit einer Zigarre im Mund, (...) die Frau oder die Braut im Arme."<sup>42</sup> Tatsächlich ist die Gehweise - soweit das nach den vorhandenen Fotos und Beschreibungen rekonstruierbar ist - kaum je strikt-militärisch. Auf zahlreichen Fotos ist zu sehen, daß die Züge sich zumindest teilweise nach informellen Prinzipien gruppieren; und auch dann, wenn eine Ordnung nach Vierreihen versucht wird, dominiert offenbar keineswegs ein fester "Marschtritt", sondern eher ein locker-vielstimmiger "Massentritt". Nicht zuletzt sind es die Frauen, die die "Arbeiterbataillone" entmilitarisieren. "Es sah sich fast idyllisch an", berichtet die "Gleichheit", "als bei unserem humorvollen Spaziergang im Berliner Tiergarten Mann und Frau Arm in Arm dahinschritten. (...) Bürgerliche Blätter schrieben

am anderen Tage, daß die Anwesenheit der vielen Frauen dem Heer der Demonstranten einen fast heiteren Zug verliehen hätte."<sup>43</sup>

Zur Signalisierung friedlicher Absichten gehört als ganz wesentlicher Faktor die Kleidung der Demonstranten. Diese tragen keine zerschlissene oder gar dreckige Arbeitskleidung, aber auch kein sportliches, geschweige denn paramilitärisches 'Demonstrantenhabit', sondern den guten Anzug oder das Sonntagskleid, die sie auch bei Parteiversammlungen und beim tatsächlichen Sonntagsspaziergang anzuziehen pflegen. Die "Tägliche Rundschau" registriert bei den Berliner Kundgebungen am 10. April 1910: "Saubere Überzieher, runde Bourgeoischüte, friedliche Regenschirme, Angströhren sogar und v.a. (...) leuchtende Blumenhüte und etliche neckische Topfhüte (...)"<sup>44</sup>. Es gibt zwar auch bürgerliche Kommentatoren, die den Symbolwert dieser Kleidung nicht im Koordinatensystem Gefährlich-/Friedfertig, sondern in dem von Bedürftig/Wohlhabend ansiedeln und damit gegen die Sozialdemokratie auszuspielen suchen, so wenn z.B. die "Germania" der Zentrumsparlei am 8. März 1910 schreibt: "Die meisten der Teilnehmer waren durchwegs gut gekleidet und verrieten von der programmäßigen 'Arbeiternot' nicht das geringste." Doch häufiger findet sich die mit der Selbstinterpretation der Veranstalter konform gehende - und von der SPD-Publizistik denn auch gerne zitierte - Deutung, die Kleidung der Demonstranten zeige, daß man es mit "anständigen Arbeitern" zu tun habe, von denen - wie die "Vossische Zeitung" es formuliert - "niemand annehmen konnte, sie würden ein Verbrechen begehen."<sup>45</sup>

Einen besonderen Gebrauch macht die sozialdemokratische Presse von dieser Kleidersymbolik, wenn die Polizei Demonstranten mehr oder weniger gewaltsam in die Flucht geschlagen hat und danach "eingeschlagene Hüte, Kleiderfetzen, Manschetten, Krawatten (...) wirt umher(liegen)".<sup>46</sup>

"Ha - wie fielen sie in den Straßenkot,  
Die sonntagsgeputzten Gestalten,  
Von Tritten und Stößen mit eiserner Wucht  
Fielen Kinder, Männer und Frauen",

dichtet nach einem solchen Zwischenfall am 13. Februar 1910 anklagend die Essener "Arbeiterzeitung", und nach einer Straßenschlacht in Frankfurt veranstaltet die Redaktion der sozialdemokratischen "Volksstimme" die wohl erste deutsche Demonstrationsausstellung: Sie präsentiert in ihrem Schaufenster auf der Straße liegengebliebene Spazier-

**Stöcke** und Hüte sowie eine blutige Unterhose. Was dies Ensemble symbolisieren soll, bedarf **keines** Begleittexts: Es spricht von der Roheit des Staats und der Zivilisiertheit der demonstrierenden Arbeiter und ist damit Teil der Umwertungsarbeit, die die Sozialdemokratie an die Straßendemonstrationen **anknüpft**: "Hier (...) wurde es den weitesten Bevölkerungskreisen handgreiflich vor Augen geführt, daß das arbeitende Volk das ordnende, organisierende, vernünftige Element ist, während die Polizei (...) als ein Haufen brutaler Draufgänger erschien, zu nichts anderem fähig, als die Ordnung des Volkes sinnlos zu zerstören."<sup>47</sup>

Zivil wie die Kleidung ist auch die von den Demonstranten am häufigsten gebrauchte gestische Formel: Der von einem Schwenken des Huts begleitete Ruf "Hoch das freie Wahlrecht!", der nicht nur gemeinsam und verabredet, sondern auch spontan von Einzelnen ausgeübt wird. Vor allem auf Kundgebungen, aber teilweise auch bei Demonstrationen anzutreffen ist die ebenfalls sublimierte Expressionsform des "Massengesangs". Teilweise werden, damit er nicht nur machtvoll, sondern auch artikuliert klingt, Liederbücher auf die Demonstration mitgenommen oder Liedtexte zum Auswendiglernen in der Arbeiterpresse veröffentlicht - was nicht verhindern kann, daß Protestgegner und auch Strafrichter dies Absingen von "Hetzliedern" nicht als musikalische Darbietung, sondern als "Radau" bewerten.<sup>48</sup> Bei kleineren, von Arbeiterjugendlichen dominierten Umzügen, vor den Häusern von Protestgegnern, vor allem aber angesichts heranrückender und heranreitender Polizei kommt es auch immer wieder zu aggressiveren Ausdrucksformen wie Pfeifen, Johlen, Brüllen und Schmährufen - vor allem müssen sich Polizisten öfters ein langgezogenes "Blut-hunde" anhören. Die meisten Demonstrationen oder zumindest Demonstrationsphasen, darin sind sich Beobachter verschiedenster politischer Couleur einig, fallen jedoch weniger durch ihre Lautstärke als durch ihre Ruhe auf. Um dem Vorwurf der Ruhestörung zuvorzukommen, untersagen die Ordner oft sogar das Ausbringen von Hochrufen.<sup>49</sup> Nach den Wahlrechtskundgebungen vom 10. April 1910 z. B. bestätigt auch die bürgerliche Presse den Teilnehmern, daß "weder auf dem Hin- noch auf dem Rückmarsch gesungen und auch keinerlei Hochs ausgebracht" worden seien.<sup>50</sup>

Interessanterweise wird diese Ruhe von Beteiligten und Beobachtern aber nicht einfach als Zeichen von Friedlichkeit und Besonnenheit interpretiert. Die sozialdemokratische Seite spricht, wohl auch um den Verzicht auf lautes Gebaren nicht als ängstlich-folgsames Verhalten



erscheinen zu lassen, häufig von der "Würde" und dem "Ernst", den diese Ruhe ausdrücke.<sup>51</sup> Oftmals wird aber noch ein anderer Akzent gesetzt: Von einer "musterhaften, fast unheimlichen Ruhe" berichtet die "Schwäbische Tagwacht" am 21. März 1910 anlässlich einer Stuttgarter Wahlrechtsdemonstration, und der "Daily Telegraph" schreibt nach dem 10. April in Berlin: "(...) nicht ihre Zahl wirkte beängstigend, sondern ihre Disziplin, ihre Ordnung und vor allem ihre Schweigsamkeit. Wie ein Trauerzug nahm es sich aus."<sup>52</sup> Dem sozial und politisch distanzierten Betrachter erscheint dies Schweigen potentiell als feindselig, als Verschweigen eines Unsagbaren; auch hier gilt, daß die Unbestimmtheit einer Botschaft mehr Angst auslösen kann als eine explizite und damit greifbare Parole. Dabei schwingt gewiß eine lange Erfahrung mit dem "Trotz" und der "Verstocktheit" von Unterschichtlern mit, die ihre Meinung zum Ärger von Erziehern und Vorgesetzten nicht einmal aus sich herausprügeln lassen, so daß man wirklich das Schlimmste von ihnen vermuten muß. Zu bedenken ist zudem, daß es sich ja nicht nur um ein Schweigen, sondern ein schweigendes Vorwärtsgehen von Massen handelt, die, da selbst nicht sprechend, auch als durch Zureden nicht aufhaltbar und damit als unbeeinflussbar erscheinen: "Die sozialdemokratische Oberleitung", schreibt in diesem Sinn die "Kreuz-Zeitung" am 7. März 1910, "braucht nur einen Wink zu geben, dann formieren sich unter ihren Gruppenführern die Haufen, fragen nicht wohin und wozu, sondern gehorchen schweigend." Das Schweigen bekommt also, im Kontext des Massenaufmarschs, den paradoxen Charakter der Verstärkung einer Botschaft durch ihre Abschwächung. Es erweist sich als perfekte Kompromißbildung von Zurückhaltung und Drohung, als signifikanter Ausdruck der "friedlichen Gewalt des Volkswillens", die die Demonstrationen nach einer treffenden Formulierung der "Frankfurter Zeitung" verkörpern.<sup>53</sup>

## **Antizipation**

Der Eindruck des 'verstockten', 'verbissenen' Schweigens ist jedoch oft nur der des auch örtlich distanzierten Beobachters. Der Verzicht auf lautes Gebaren darf nicht mit einer völligen Stummheit gleichgesetzt werden. Ein Beispiel dafür sind die Berliner Demonstrationzüge des 10. April 1910: Zwar herrscht bei ihnen, wie George L. Mosse es

zitiert, in der Tat das - Polizeiaufgaben befolgende - Prinzip "Kein Ruf, kein Lied"; sie aber deshalb mit Mosse als "Schweigemärsche" zu bezeichnen, ist zumindest mißverständlich.<sup>54</sup> "Keine Kapelle, keine Fahne, kein Gesang, kein Hochrufen, keine Stimme erhob sich über den gewöhnlichen Gesprächston", differenziert der "Daily Telegraph" seine oben zitierte Darstellung von der Ruhe der Demonstrierenden.<sup>55</sup> "Unter heiterem Geplauder"<sup>56</sup> zogen laut "Vorwärts" vom 11. April 1910 die Massen zu ihrem Versammlungsort. Dieser Topos der "Heiterkeit", des "guten Humors"<sup>57</sup> der Menge kehrt in zeitgenössischen Berichten immer wieder. Theodor Heuss fällt auf, daß bei den Demonstrationen nicht "dumpfe Wut und Leidenschaft", sondern "eine festliche, gehobene Stimmung" überwiegt.<sup>58</sup>

Der Doppelcharakter von Protest und Fest, der den Aktionen häufig zugeschrieben wird, wird dabei freilich wiederum unterschiedlich interpretiert. Die "Kreuz-Zeitung" z.B. versucht, dieses Festmoment als kollektive Regression darzustellen, vergleichbar dem sonntäglichen Rummelbesuch und dem feierabendlichen Kneipenbesuch. Sie hebt hervor, daß nach der ersten Berliner Demonstration am 13. Februar 1910 in den Arbeiterlokalen ein allgemeines Besäufnis stattgefunden habe,<sup>59</sup> und beschreibt die Treptower Kundgebung vom 10. April so: "Die Genossen und Genossinnen gruppieren sich dicht um zehn Rednertribünen; dazwischen ging man spazieren, jagten die Kinder sich, wurden Postkarten, rote Abzeichen, Pfefferminzplätzchen und dergleichen verkauft. Massenhaft waren die Photographen erschienen. Das Bild glich eigentlich mehr einem Jahrmarkt mit Ausschreibern (...)."<sup>60</sup> Während hier auf - gewiß vorhandene - triviale, 'materialistische' Festmerkmale der Kundgebungen abgehoben wird und diese als Widerpart zu deren politischem Anspruch gesehen werden, legen sozialdemokratische Berichte den Akzent auf die politische Dimension der Festfreude und nehmen sie als Ausdruck eines neuen sozialen und politischen Selbstbewußtseins. Sie interpretieren sie zum einen als Zeichen einer "Siegesgewißheit"<sup>61</sup>, welche die Demonstrierenden angesichts einer unübersehbaren Menge von Gleichgesinnten, von "Kampfgenossen" ergriffen habe, zum andern aber auch als Freude über einen bereits errungenen Sieg: "Das Recht, von dem die Massen einen so eindrucksvollen Gebrauch gemacht haben, das war erobertes Recht, Recht, das heiß erkämpft war mit Einsatz des eigenen Lebens, den Gegnern abgerungen nach langem hartnäckigen Widerstand. Und deshalb lebte in jedem der vielen Tausende ein Gefühl des Triumphes."<sup>62</sup>

In der Tat lassen sich die Wahlrechtsdemonstrationen nicht nur als Symbol für die Reife der Massen, eine Gesellschaft auf zivilisierte Weise organisieren zu können, und für die Kraft zur Durchsetzung dieses Anspruchs verstehen, sondern auch als pars pro toto der von ihnen angestrebten Gesellschaftsordnung selbst. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht fordernd, realisieren die Demonstrierenden einen Teil des zukünftigen "Volksstaats", das allgemeine und gleiche "Recht auf die Straße", bisher das Privileg von "Fürstlichkeiten, Schutzleuten, Heilsarmee, Militär"<sup>63</sup>, schon in ihrer Aktion selbst. Und bei genehmigten Demonstrationen antizipieren sie die Demokratie als "Selbstregierung der Massen" auch insofern, als die eigenen Ordner hierbei organisatorische, u.a. verkehrsregulierende Aufgaben übernehmen, die sonst der Polizei obliegen - was von konservativer Seite auch als böses Vorzeichen interpretiert wird.<sup>64</sup>

Wenn man bedenkt, daß dies alles eine ganz neue Erfahrung ist, es sich vor allem um Arbeiter handelt, die hier in den Stadtzentren aufmarschieren, auf dem "eroberten" Terrain vor den Fotografen ostentativ ihre Zigarren anzünden, sich stolz am Goethedenkmal fotografieren lassen,<sup>65</sup> also um Mitglieder einer in Arbeit und Alltag subalternen Klasse, die das nicht zuletzt in der Öffentlichkeit, auf der Straße und auf dem Gehweg tagtäglich zu spüren bekommt,<sup>66</sup> so wird einem deutlich, daß es sich hier um eine spektakuläre Form von Statusumkehrung handelt, aber eben nicht nur eine rituelle, sondern eine reale, in der die andere Seite entsprechend unfreiwillig mitspielt. Kein Wunder also, daß während der Demonstrationen nicht nur das Gefühl eines Erfolgs, sondern sogar der Eindruck aufkommt, der Sieg auch im Wahlrechtskampf sei bereits so gut wie errungen - wie ihn z.B. die Frankfurter "Volksstimme" äußert, wenn sie nach einer Berliner Demonstration von einer "machtvollen Kundgebung des Volkswillens" spricht, "die in vielen Tausenden die Überzeugung befestigt hat: Die preußische Wahlrechtsbewegung schreitet fort! Niemand kann sie aufhalten!"<sup>67</sup>

Die Jahre danach, das Weiterbestehen des Dreiklassenwahlrechts, haben gezeigt, daß diese Hoffnung täuschte. Diese Erfahrung verdeutlicht nachhaltig die Differenz zwischen dem transitorischen und im wesentlichen symbolischen Machtbeweis der Demonstrationen und tatsächlicher sozialer und politischer Machtentfaltung. In der Massendemonstration mit ihrem körperlichen Erlebnis der Vielzahl und der Entschlossenheit von Gleichgesinnten steckt beides: die Möglichkeit, "die Massen zu sammeln, sie aufzurütteln, sie aufzuklären, sie mit

Kampfesmut zu erfüllen",<sup>65</sup> und die Gefahr, "sich in eine Art Taumel hineinzuleben, bei dem der Blick für die Realitäten des politischen Lebens verloren geht"<sup>66</sup> - und bei dem dann auch der Punkt übersehen wird, wo die Demonstrationen womöglich nicht mehr Bestandteil einer politischen Gesamtstrategie sind, sondern nur noch ein sich selbst genügendes Ritual. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den zwanziger Jahren bis hin zu den Januarwochen des Jahres 1933, in denen sich die KPD bis zuletzt an ihren "machtvollen Demonstrationen" berauschte, hat die Virulenz dieses Problems bestätigt.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Ulrich K. Preuß: Nötigung durch Demonstration? Zur Dogmatik des Art. 8 GG. In: Hans-Ernst Böttcher, Hg.: Recht Justiz Kritik. Festschrift für Richard Schmid zum 85. Geburtstag. Baden-Baden 1985, S. 424.
- <sup>2</sup> In diesem Sinn ist z.B. die rote Fahne kein vieldeutiges Symbol, sondern ein Emblem, das 'eindeutig' für die sozialistische Arbeiterbewegung steht; ihr öffentlicher Gebrauch wird z.B. vom preußischen Staat in der Kaiserzeit auch entsprechend sanktioniert. Etwas schwieriger wird es, wenn statt roter Fahnen rote Blumen, rote Kranzschleifen usw. benutzt werden: Hier kommt es mitunter zu Diskussionen (z.B. zwischen Justiz und Angeklagten), ob es sich hier um "landesübliche" oder speziell sozialistische Ausdrucksformen handle.
- <sup>3</sup> Mit der Doppelung in "Kulturen" und "Interessen" ist angedeutet, daß die Gründe für unterschiedliche Interpretationen sowohl in unterschiedlichen Verstehenshorizonten wie in parteilicher Selektion und Verzerrung zu suchen sein können.
- \* Vgl. zur Frage eines "objektiven Sinns" in demonstrativen Handlungen Andreas Grieflinger: Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgehlen im 18.Jahrhundert. Frankfurt/Berlin/Wien 1981, insbes. S. 39-42.
- <sup>5</sup> Für den Höhepunkt des Wahlrechtskampfs zwischen Januar und April 1910 lassen sich über 250 Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel nachweisen, die an die zwei Millionen Teilnehmerinnen gehabt haben dürften. Genauere Angaben hierzu in: Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster "friedliche Straßendemonstration" im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910. Tübingen 1986, S. 24f. - Vgl. zum Thema Wahlrechtsdemonstrationen auch Bernd Jürgen Warneken: "Massentritt". Zur Körpersprache von Demonstranten im Kaiserreich, in: Peter Assion, Hg.: Transformationen der Arbeiterkultur. Marburg 1986, S. 64-79.
- <sup>6</sup> Die Gesamtheit der verarbeiteten Quellen ist aufgelistet in "Als die Deutschen demonstrieren lernten" (wie Anm. 5), S. 181-187.
- <sup>7</sup> Friedrich Naumann: Massenbewegungen, in: Die Hilfe, Jg. 1910, Nr. 11, S. 164.

- <sup>9</sup> Ders.: Die Wahlrechtsdemonstrationen, in: Die Hilfe, Jg. 1910, Nr. 10, S. 149.
- <sup>10</sup> Vgl. z.B.: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 28. bis 31. Dezember 1904. Berlin 1905, S. 107f.
- <sup>11</sup> Vgl. Vorwärts vom 2. April 1910.
- <sup>12</sup> Natürlich sucht die Publizistik der Konservativen Übergriffe von Demonstranten ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken und damit den Unterschied zwischen "Tumult" und "Demonstration" möglichst zu verwischen. Die sozialdemokratische Presse wiederum spaltet solche Zwischenfälle, falls sie sie überhaupt erwähnt, gem vom eigentlichen Demonstrationsgeschehen ab und sieht als ihr Subjekt gar nicht die sozialdemokratische Klientel selbst, sondern Gruppen wie den "Janhagel", das "Lumpenproletariat" oder agents provocateurs.
- <sup>13</sup> Naumann 1910 (wie Anm. 8).
- <sup>14</sup> Theodor Heuss: Jagows Bekehrung, in: Die Hilfe, Jg. 1910, Nr. 15, S. 232.
- <sup>15</sup> So schreibt z.B. die "Bremer Bürgerzeitung": "Die roten Umstürzler bewiesen, daß sie so lange die Ordnung zu beachten wissen, bis die Zeit für den 'Umsturz' reif sein wird." (Zit. nach der Essener "Volks-Zeitung" vom 15. April 1910.)
- <sup>16</sup> Naumann 1910 (wie Anm. 8).
- <sup>17</sup> Vgl. Vorwärts vom 23. Februar 1910.
- <sup>18</sup> Kreuz-Zeitung, Abendausgabe vom 7. März 1910. Ähnlich der konservative Abgeordnete v. Brandenstein im Preußischen Abgeordnetenhaus: "(D)ie Sozialdemokratie konnte auch stolz darauf sein, daß sie den Beweis dafür liefern konnte, wie blind ihr die von ihr verführten Massen gehorchen." (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, III. Session 1910, 64. Sitzung am 3. Mai 1910, Sp. 5318.)
- <sup>19</sup> Ebd.
- <sup>20</sup> Zit. nach Vorwärts vom 12. April 1910.
- <sup>21</sup> Kölnische Zeitung, zit. nach Tägliche Rundschau vom 13. April 1910.
- <sup>22</sup> Vgl. z.B. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910. Berlin 1910, S. 31.
- <sup>23</sup> Schwäbische Tagwacht vom 11. April 1910.
- <sup>24</sup> Stenographische Berichte (wie Anm. 17), 38. Sitzung am 11. März 1910, Sp. 3054.
- <sup>25</sup> Den Deutungskampf der Demonstrationsinterpreten begleitet deshalb, wie man weiß, ein "Zählkampf". Die dabei üblichen parteilichen Verzerrungen knüpfen an die objektive Schwierigkeit an, eine relativ unstrukturierte und u.U. von "Mitläufern" und Neugierigen schwer abgrenzbaren Menge zu quantifizieren. Bei den Wahlrechtsdemonstrationen, wo die mangelnde Erfahrung mit solchen Massenaaktionen hinzukommt, differieren die Beobachterangaben teilweise um mehrere hundert Prozent - in einem Fall rechnet die Berliner Polizeiführung eine Demonstration, für die in einigen Presseberichten 30 000 Teilnehmer angegeben worden waren, gar auf nur 2 000 Demonstranten herunter. (Vgl. Berliner Lokal-Anzeiger vom 11. April 1910.)
- <sup>26</sup> Die "Grundformel" für die Arbeiterdemonstration, die in der SPD-Publizistik mit geringen Abwandlungen ständig wiederkehrt, ist die vom "Machtgefühl" oder

"Kraftgefühl" der Arbeiterschaft, das diese bei den Straßendemonstrationen entwickle und dem Gegner erfahrbar mache. Eine Broschüre zur Maifeier 1892 bestimmt die Außenwirkung großer Arbeiterdemonstrationen als Einschüchterung der Herrschenden, die nun erkennen müßten, "daß ihre Macht nicht die stärkste Gewalt in der Gesellschaft ist", und ihre Binnenwirkung als Steigerung des "Selbstgefühls und Machtbewußtseins": Dies "Kraftgefühl des Proletariats", das u.a. daraus resultiere, daß "die Arbeiter in großen Haufen den ganzen Tag in den Fabriken beisammen sind, in Scharen Morgens zur Werkstatt gehen und Abends wieder nach Hause marschieren", werde bei jedem Demonstrationsteilnehmer noch gesteigert, "wenn er sieht, daß viele Tausende von Menschen, die er nicht kennt, die er niemals gesehen, mit ihm für eine gemeinsame Sache kämpfen." (Hans Müller: Werth und Bedeutung politischer Demonstrationen. Festschrift zur Maifeier. Berlin 1892, S. 20 und S. 25f.) Während des Wahlrechtskampfs faßt Rosa Luxemburg beide Aspekte in dem Satz zusammen: "Das Recht auf Straßendemonstrationen, das wir errungen haben, soll und muß vollauf ausgenutzt werden als vorzüglichstes Mittel, die Massen zu sammeln, sie aufzurütteln, sie aufzuklären, sie mit Kampfesmut zu erfüllen, als vorzüglichstes Mittel, die Macht der klassenbewußten Arbeiterschaft sichtbar zu entfalten und den Gegnern vor Augen zu führen." (Rosa Luxemburg: Die Maifeier im Zeichen des Wahlrechtskampfs. In: Dies.: Gesammelte Werke Bd. 2, Berlin/DDR 1972, S. 334.)

<sup>26</sup> Vorwärts vom 14. Januar 1908.

<sup>27</sup> Dortmunder Arbeiter-Zeitung vom 4. März 1910.

<sup>28</sup> Lily Braun: Memoiren einer Sozialistin. 2 Bde., München 1924, S. 646f.

<sup>29</sup> Ebd., S. 648.

<sup>30</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908. Berlin 1908, S. 28.

<sup>31</sup> Berliner Neueste Nachrichten, zit. nach Tägliche Rundschau vom 8. März 1910. Frankfurter Zeitung vom 14. Februar 1910.

<sup>32</sup> Das Drohen mit der Faust, wie es u.a. für den zitierten Vorfall am Frankfurter Bismarckdenkmal belegt ist, darf nicht mit der erst später eingeführten "emblematischen Faust", dem Faustgruß, verwechselt werden. Zu letzterem vgl. den Beitrag von Gottfried Korff in diesem Band sowie seinen Aufsatz: Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Assion 1986 (wie Anm. 5), S. 86-107.

<sup>34</sup> Der Wahre Jacob vom 23. Januar 1906.

<sup>35</sup> Lily Braun (wie Anm. 28), S. 647.

<sup>36</sup> Otto Rühle: Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats. Bd. 2, Lahn-Gießen 1977, S. 307.

<sup>37</sup> Stenographische Berichte (wie Anm. 17), Sp. 5319.

<sup>38</sup> Ebd., Sp. 5329f.

<sup>39</sup> Dr. Fischer: Demonstration. In: März, 2. Jg. 1908, Bd. 2, S. 89.

<sup>40</sup> Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 8. März 1910.

<sup>41</sup> Aus dem Gedicht "Der Treptowbummel", in: Braunschweiger Volksfreund vom 5. März 1910.

<sup>42</sup> Zit. nach Vorwärts vom 16. Februar 1910.

- <sup>43</sup> Die Gleichheit vom 25. April 1910.
- <sup>44</sup> Tägliche Rundschau vom 11. April 1910.
- <sup>45</sup> Vossische Zeitung vom 7. März 1910.
- <sup>46</sup> Essener Volkszeitung vom 8. März 1910.
- <sup>47</sup> Braunschweiger Volksfreund vom 2. März 1910.
- <sup>48</sup> Vgl. z.B. ebd., 8. Mai 1910. - Einer der Verbotgründe für eine geplante Wahlrechtsdemonstration im schlesischen Waldenburg ist, daß dabei "mißtönender Gesang" zu erwarten sei. (Vgl. Volkswille Hannover vom 12. April 1910.)
- <sup>49</sup> So ermahnen z.B. die SPD-Führer in Frankfurt am Main einige Tage nach der erwähnten Straßenschlacht mit der Polizei Versammlungsteilnehmer, ruhig heimzugehen: "Wer auf der Straße ein Hoch ausbringe, sei ein Spitzel." (Berliner Lokal-Anzeiger vom 24. April 1910.)
- <sup>50</sup> Schöneberger Tageblatt vom 12. April 1910.
- <sup>51</sup> "Ruhig und ernst" nennt z.B. die Bielefelder "Volkswacht" nach einer frühen Wahlrechtskundgebung am 28. November 1907 den Demonstrationszug. "Lautlos ziehen sie dahin", heißt es im Hannoverschen "Volkswillen" vom 8. März 1910 über eine dortige Demonstration. Von "ernstem, würdigem Schweigen" sieht der "Vorwärts" am 11. April 1910 die Züge zu den Berliner Kundgebungen des Vortags geprägt
- <sup>52</sup> Zit. nach Vorwärts vom 13. April 1910.
- <sup>53</sup> Frankfurter Zeitung vom 28. Februar 1910.
- <sup>54</sup> Vgl. George L. Mosse: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich. Frankfurt/Berlin 1976, S. 196.
- <sup>55</sup> Zit. nach Vorwärts vom 13. April 1910.
- <sup>56</sup> Vorwärts vom 11. April 1910.
- <sup>57</sup> Echo de Paris, zit. nach Vorwärts vom 10. März 1910.
- <sup>58</sup> Heuss 1910 (wie Anm. 13).
- <sup>59</sup> Vgl. Kreuz-Zeitung, Abendausgabe vom 14. Februar 1910.
- <sup>60</sup> Ebd., Abendausgabe vom 11. April 1910.
- <sup>61</sup> Vorwärts vom 11. April 1910.
- <sup>62</sup> Ebd.
- <sup>63</sup> Frankfurter Volksstimme vom 21. Februar 1910.
- <sup>64</sup> So sagt der Abgeordnete von Brandenstein im Abgeordnetenhaus, das Delegieren von Ordnungsaufgaben an die Demonstranten selbst sei "ein Kapitulieren vor der Sozialdemokratie" und ein "sehr bedeutender Triumph" für deren Führer: "Sie konnten sich gewissermaßen als gleichberechtigt mit den Organen der Staatsverwaltung hinstellen." (Stenographische Berichte, wie Anm. 17, Sp. 5318.)
- <sup>65</sup> Vgl. dazu das Foto in: Als die Deutschen demonstrieren lernten (wie Anm. 5), S. 66.
- <sup>66</sup> Vgl. Als die Deutschen demonstrieren lernten (wie Anm. 5), S. 67-69.
- <sup>67</sup> Frankfurter Volksstimme vom 28. Februar 1910.
- <sup>68</sup> Rosa Luxemburg (wie Anm. 25).
- <sup>69</sup> Eduard Bernstein: Straße und Parlament im Wahlrechtskampf. In: Sozialistische Monatshefte, 14. Jg. 1910, S. 287.